

**Alles  
lässt  
sich  
ändern**

**Das  
Programm  
der Freien  
Demokraten  
zur Bundes-  
tagswahl  
2025**

# **Bürger und Betriebe spürbar entlasten**

Dafür wollen wir den Grundfreibetrag im Zuge der Bürgergeld-Reform schrittweise um mindestens 1.000 Euro anheben und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Die Unternehmenssteuerlast wollen wir auf 25 % drücken, indem wir auch die Körperschaftssteuer absenken. Die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wollen wir auf 7% reduzieren und Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen spürbar verbessern.

# **Mit einer Entrümpelung des Bundesrechts das Bürokratie- Burnout beenden**

Dafür wollen wir ein sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie. Wir wollen Gesetze mit einer Sunset-Clause häufiger zeitlich befristen und mehr mit Genehmigungsfiktionen sowie Stichtagsregelungen arbeiten. Wenn eine Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf einen Antrag reagiert, muss der Regelfall künftig die automatische Genehmigung sein. Bürokratiemonster, wie etwa die Bonpflicht, wollen wir ersatzlos streichen. Dieser Geist muss auch auf europäischer Ebene gelebt werden, etwa mit der Abschaffung der bürokratischen EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD). Das deutsche Vergaberecht wollen wir ebenso wie das Arbeitsrecht drastisch entschlacken.

# **Bezahlbare Energie und ideologiefreie Klimaschutzpolitik**

Dafür wollen wir die Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß absenken. Um das Angebot an bezahlbarer Energie zu erhöhen, wollen wir die heimische Erdgasförderung ausbauen, Fracking ermöglichen und den Weg für die Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie die Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke (z.B. Mini-Reaktoren) freimachen. Die Abschiebung und Speicherung von Treibhausgasemissionen durch Carbon Capture und Storage (CCS) und Carbon Capture und Utilization (CCU) wollen wir diskriminierungsfrei als Klimaschutz-Option ermöglichen. Den deutschen Sonderweg in der Klimaschutzpolitik wollen wir beenden, indem wir das deutsche Ziel der Klimaneutralität bis 2045 durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Anstelle einer planwirtschaftlichen Klimapolitik setzen wir auf den europäischen Emissionshandel als marktwirtschaftliches Leitinstrument. Im Sinne der Technologieoffenheit fordern wir die umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots am dem Jahr 2035.

# **Bildungs- förderalismus auf der Höhe der Zeit**

Dafür wollen wir die Kultusministerkonferenz als Entscheidungsgremium abschaffen und durch einen Bundesbildungsrat aus Wissenschaftlern, Praktikern, Eltern- und Wirtschaftsvertretern ersetzen. Unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung wollen wir einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für die Bildung unserer Kinder ab der Kita bis zum Schulabschluss schaffen. Durch einheitliche Abschlussprüfungen („Deutschland-Abitur“) stellen wir die bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen sicher.

# **Wir wollen das lebenslange Lernen stärken**

Dafür wollen wir zur Finanzierung von Kursgebühren, bildungsbedingten Auszeiten und Kinderbetreuung ein neues „Lebenschancen-BAföG“ einführen. Mit einem persönlichen Freiraumkonto wollen wir das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglichen.

# **Für tragfähige und zukunfts feste soziale Sicherungs- systeme**

Dafür wollen wir ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40% immer weiter steigen. Denn das hohe Beitragsniveau engt die Möglichkeiten der jungen Generation ein, zusätzliche Vorsorge zu betreiben, und ist eine Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen. Darüber hinaus wollen wir deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung.

# **Wir wollen eine Bundesregierung, die mit gutem Beispiel voran geht**

Dafür wollen wir die Zahl der Bundesministerien, Staatssekretäre und Beauftragten deutlich reduzieren. Das Entwicklungsministerium kann mit dem Auswärtigen Amt fusioniert, das Bauministerium in ein anderes Ministerium integriert werden. Querschnittsthema Digitalisierung sollte in einem Digitalisierungsministerium zusammengefasst werden. Die Stellenzahl in der Bundesverwaltung außerhalb der Sicherheitsbehörden wollen wir spürbar reduzieren. Darüber hinaus wollen wir die gesamte Behördenlandschaft verschlanken. Dabei sollten wir den Mut haben, auch neue Wege zu bestreiten - beispielsweise die Abschaffung oder Neuaufstellung von Behörden wie dem Umweltbundesamt. Das spart Steuerzahlergeld und sorgt für mehr Effizienz.

# **Mehr Management- Ideen und Performance- Indikatoren im öffentlichen Dienst**

Dafür wollen wir schlankere Strukturen innerhalb der Ministerien etablieren, etwa durch den Wegfall von Unterabteilungsleitungen. Im Sinne des Dynamic Shared Ownership (DSO) soll der weit überwiegende Teil der Entscheidungen dort getroffen werden, wo die eigentliche Arbeit gemacht wird. Die Bürgerzufriedenheit soll künftig in die beamtenrechtliche Beurteilung einfließen. Dafür wollen wir ein einheitliches Bewertungssystem schaffen und Performance-Indikatoren im öffentlichen Dienst einführen. Verbindliche Zielvereinbarungen runden den neuen Leistungsgedanken im öffentlichen Dienst ab.

# **Wir wollen eine neue Realpolitik in der Migration**

Dafür wollen wir Einwanderung nach klaren Regeln: in den Arbeitsmarkt, aber nicht in die sozialen Sicherungssysteme. Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, damit sie auf eigenen Füßen stehen und nicht von Transferleistungen leben. Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurück. Für mehr und schnellere Rückführungen zentralisieren wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf Bundesebene. Darüber hinaus unterstützen wir die modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Landesgrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen.